



Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 24. März 2018, 13:30

# Präsidialansprache

99. ordentliche Delegiertenversammlung EVP CH

Nationalrätin und Präsidentin EVP Schweiz Marianne Streiff

Liebe Delegierte

Aus der Fülle von EVP-relevanten bundespolitischen Geschäften des vergangenen Jahres haben wir soeben zwei beraten und unsere Positionen beschlossen.

Einige weitere Themen stelle ich ins Zentrum meiner kleinen Rückschau.

Dabei handelt es sich um Geschäfte, die uns auch künftig noch interessieren und beschäftigen werden.

## EVP fordert Transparenz in der Parteienfinanzierung

Das Thema stand auch im Berichtsjahr verschiedentlich auf der Traktandenliste der eidg. Räte.

Die Schweiz erhält von Greco, dem zuständigen Gremium des Europarats in Sachen Korruptionsbekämpfung, weiterhin schlechte Noten.

In der Dauerkritik steht die Parteienfinanzierung. Diesen «Tolggen im Reinheft» der Schweiz möchten verschiedene Fraktionen ausradieren.

Zum einen wurde ein Erlassentwurf gefordert, der Transparenz über die Finanzierung politischer Wahl- und Abstimmungskampagnen schafft.

Darin sollte festgehalten werden, dass Zuwendungen von natürlichen und juristischen Personen an Kampagnen öffentlich gemacht werden müssen, wenn sie einen bestimmten Schwellenwert überschreiten.

In einer anderen Motion ging es um die Transparenz der Parteienfinanzierung.

Die Schweiz als Mitglied des Europarates sollte endlich die notwendigen Anstrengungen unternehmen, um Transparenz im Bereich der Parteienfinanzierung zu schaffen.

Mit 2/3 zu 1/3 werden solche Vorstösse in den Räten leider konsequent abgelehnt.

Umso mehr unterstützen die EVP und ich als Mitglied des Initiativkomitees die Volksinitiative für mehr Transparenz, welche am 10. Oktober 2017 eingereicht wurde.

Sie soll endlich Bewegung in diese wichtigen Anliegen und Forderungen bringen.

Das Volk soll sagen können, wie viel ihm an Transparenz liegt.

Anfangs dieses Monats haben überraschenderweise die Kantone Schwyz und Freiburg genau diese Transparenz beschlossen. Der Kanton Schwyz, ein sehr SVP freundlicher Kanton nahm eine Initiative der Juso an! Das ist eigentlich unvorstellbar! Es zeigt, wie gross das Anliegen der Bevölkerung für Transparenz ist.

Ein gutes Signal für eine eidgenössische Volksbefragung.

### EVP sagt JA zum Pariser Klimaabkommen

Mit der Zustimmung des Nationalrates im Frühling und des Ständerats in der Sommersession hat das Schweizer Parlament das 2015 in Paris unterschriebene historische Klimaabkommen ratifiziert. Keine Woche nachdem US-Präsident Donald Trump entschied, aus dem Klimaabkommen von Paris auszusteigen. Es ist das erste universelle und juristisch verbindliche Abkommen zum Klima.

Die Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2030 zu halbieren.

Ein Vorhaben, das Umweltministerin Doris Leuthard als «ehrgeizig aber realistisch» bezeichnet. Gemäss dem Vorschlag des Bundesrats soll die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu 60 Prozent im Inland erfolgen. Nun gilt es, das Abkommen auch umzusetzen.

Die EVP hat der Ratifizierung natürlich mit Überzeugung zugestimmt.

Die EVP will das Verursacherprinzip vermehrt durchzusetzen.

Wo immer möglich, müssen wir echte Kostenwahrheit schaffen. Das heisst, die Umweltkosten müssen in die Bilanz jeder wirtschaftlichen Aktivität mit einbezogen werden und vom Verursacher bezahlt werden.

Der Arten- und Naturschutz hat hohe Priorität.

Zum Schutz der Biodiversität müssen Lebensräume erhalten und vernetzt, die Schadstoffbelastung reduziert werden.

Die EVP will weniger, dafür bessere und langlebigere Produkte.

Die EVP will einen möglichst effizienten Einsatz von Energie und Rohstoffen in der Produktion.

So steht's in unserem Parteiprogramm. Daran arbeiten wir.

Die Umsetzung des Pariser Abkommens muss gelingen. Auch wenn gleichzeitig neue Flüge aus Peking, neue Flixbusse, immer gigantischere Traktoren und vieles anderes mehr die Herausforderungen verschärfen.

EVPlerinnen und EVPler wollen die Schöpfung nachhaltig nutzen, wirkungsvoll schützen und für die kommenden Generationen erhalten – im Inland wie im Ausland.

### EVP vermittelt bei J+S-Förderung für christliche Jungscharen

Im Streit um den Ausschluss mehrerer christlicher Jugendorganisationen aus der Jugend und Sport-Förderung (J+S) hat sich die EVP aktiv und erfolgreich für eine Lösung engagiert.

Gemeinsam mit NR Philipp Hadorn und Andreas Bachmann-Roth von der Schweizerischen Evangelischen Allianz gelang es uns, Vertreter der beteiligten Bundesämter an einen Runden Tisch zu bringen. Dort entstand der

Lösungsweg:

Betroffene Jugendorganisationen organisieren sich neu in einem Verein, der sich zur Charta christlicher Kinder- und Jugendarbeit bekennt.

Die Jugendverbände haben zudem einen nationalen Dachverband gegründet, der als Partner mit der Aus- und Weiterbildung von J+S-Leiter/innen betraut werden kann.

Somit ist der Zugang zu den Bundes Fördergeldern weiterhin offen für Jungscharen, die sich dem neuen Verband anschliessen.

### **EVP plädiert für Überprüfung der No-touch-time bei Organentnahme**

Zu Beginn der Wintersession habe ich eine dringliche Anfrage an den Bundesrat gestellt. Thema: die umstrittene Neuregelung für die No-Touch-Time bei Organentnahmen nach einem Herz-Kreislaufstillstand.

Der Bundesrat hatte das revidierte Transplantationsgesetz (TxG) per 15. November 2017 in Kraft gesetzt. Die zugehörige Verordnung verweist zur Feststellung des Todes auf die einschlägigen SAMW-Richtlinien. Diese wurden ebenfalls revidiert. Dabei wurde diese Wartezeit zwischen Herz-Kreislaufstillstand und Feststellung des Hirntodes ohne Vernehmlassung nachträglich von 10 auf 5 Minuten gekürzt.

Ich wollte vor allem wissen, ob der BR bereit ist, die neue Praxis rückgängig zu machen oder zumindest solange zu sistieren, bis diese wissenschaftlich breit abgestützt und öffentlich diskutiert werden konnte.

Für uns als EVP ist es enorm wichtig, dass jeder Mensch sein Leben würdevoll beenden kann und genügend Zeit bleibt, um in Würde Abschied zu nehmen und zu sterben

Der Bundesrat hat zur Kenntnis genommen, dass eine Kontroverse über die Todesfeststellung entstanden ist. Aus seiner Sicht garantieren die Regeln jedoch einen sicheren Nachweis des Todes.

Der Bundesrat sieht keinen Anlass, auf die per 15. November 2017 in Kraft getretene Regelung zurückzukommen.

Die EVP gibt sich mit der bundesrätlichen Antwort nicht zufrieden und überlegt sich weitere Schritte.

### EVP klar gegen NO-Billag

Die EVP hat Ende letzten Jahres als allererste der im Bundesparlament vertretenen Parteien mit erdrückender Mehrheit ein NEIN zu No-Billag beschlossen. Als Mitglied des gegnerischen Komitees habe ich mich auch persönlich mit vielen anderen an vorderster Front für dieses NEIN engagiert.

Bemerkenswert, mit welcher phantasievollen Initiativen Prominente aus der Kultur- und Künstlerszene auf originellste Weise die Onlinekanäle nutzten zur Unterstützung des NEINs zu No-Billag. Die Belohnung am Sonntagnachmittag des 4. März fiel sehr generös aus. Bemerkenswert war auch der Auftritt der SRG-Spitze gleich nach Bekanntwerden des Resultates. Dort hat man kapiert, dass viele Neinstimmende genau solche Schritte in die Zukunft erwarten, wie sie aufgezeigt wurden. Wir erwarten von der SRG, dass den Worten Taten folgen.

Die Politik sollte jetzt nicht mit übertriebenem Aktivismus versuchen, aus der entstandenen Situation Kapital schlagen zu wollen.

### EVP im Vormarsch

Etwas vom Allerschönsten an diesem 4. März war dann allerdings die frohe Kunde aus der Stadt Zürich: Die EVP hat nach der 4-jährigen Pause den Wiedereinzug ins Stadtparlament geschafft, wo sie seit Jahrzehnten tolle Arbeit geleistet hat.

Zusammen mit der BDP haben sich die Zürcher clever und mit Leidenschaft ins Zeug gelegt und GEWONNEN. Gott sei Dank!

Herzliche Glückwünsche liebe Zürcherinnen und Zürcher zu diesem grossen Erfolg! Er soll Ansporn sein für die ganze EVP.

Da finden sich Menschen zusammen die sich mit Leidenschaft einsetzen für das, was der EVP besonders wichtig ist und bleibt:

Die Menschen und die Umwelt.

Und genau diese Leidenschaft wollen wir künftig auch verstärkt sichtbar nach aussen leben und kommunizieren.

Mit Leidenschaft - wirklich im umfassenden Sinn des Wortes.

Es gehört zeitweise ein Leiden dazu, auch bei Misserfolgen dranzubleiben, an das Gute zu glauben und die Hoffnung nicht aufzugeben.

Mit ganzem Herzen und viel Enthusiasmus sich einsetzen für unsere Gesellschaft, für die Werte, die uns wichtig sind.

Diese Leidenschaft ist es auch, welche uns als EVPlerinnen und EVPler verbindet und die uns von anderen Parteien unterscheidet.

Und deshalb sind das nicht bloss schöne Worte oder Sprüche, liebe EVP - Frauen und EVP- Männer:

**Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt!**

**Für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde.**

So heisst die Vision der EVP Schweiz.

Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt!

Mit diesem neuen Slogan starten wir in die Vorbereitungen der Wahlen 2019 und in den Wahlkampf!

**Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt**

**Für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde.**

So beschlossen vom Parteivorstand.

Und zu dieser Vision gehört auch die **Mission**. Der Motivator und Grund für dieses Engagement:

Unser christlicher Glaube befreit uns zum hoffnungsvollen Handeln und lässt uns zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Wir stehen in der Verantwortung für unser persönliches Handeln, für das Wohl unserer Mitmenschen und für unsere Umwelt.

Deshalb gestalten wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft aktiv mit.

Diese Motivation ist es, die uns bewegt

Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt! Das spiegelt sich im Engagement der EVP

gegen Ausbeutung,

für ethisches Wirtschaften,

für eine Generationenpolitik wieder,

die ein würdevolles Leben und Sterben in solidarischer Gemeinschaft ermöglicht.

DANKE für eure Leidenschaft, danke für euer Engagement, Danke für euch alle liebe EVP Delegierte.

Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt!